Ein Europa der Vielfalt

Die Idee des gemeinsamen Binnenmarktes sollte wieder Vorrang erhalten, und es ist ein Kontinent anzustreben, der Verschiedenartigkeit zulässt. Die Zukunft liegt in einer unvollständigen Union. **MICHAEL VON LIECHTENSTEIN**

Anfang März präsentierte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dem Europäischen Parlament fünf Szenarien zur Europäischen Union. Bemerkenswert an dieser Aktion war, dass die Kommission – auch wenn nur aufgrund des Brexit-Schocks – zur Erkenntnis gelangt ist, dass Handlungsbedarf besteht und es nicht mehr weitergehen kann wie bisher.

Deshalb sollte sich das erste der fünf Szenarien unter dem Titel «Weiter wie bisher» auch von selbst eliminieren. Die beiden Szenarien, bei denen der Schwerpunkt auf den Binnenmarkt bzw. auf mehr gemeinsames Handeln gelegt wird, vermögen kaum zu überzeugen. Die Argumente zum Binnenmarktszenario sind unvollständig und sehr einseitig ausgelegt. In einer Union geht es, überspitzt gesagt, nicht darum, die Grösse und den Zustand einer Banane zu definieren, damit diese EU-konform gehandelt werden kann. Diese Bewertung sollte dem Konsumenten überlassen sein, der die Banane schliesslich kauft oder eben auch nicht. Vielmehr ginge es darum, zu ermöglichen, dass die für die Herstellung und die Konsumentenbelieferung notwendigen Produktionsfaktoren und Warenauslieferungsmöglichkeiten im Binnenmarkt vorhanden sind. Dieses Szenario verdeutlicht, dass das Verständnis für einen gemeinsamen Binnenmarkt nach wie vor unausgereift ist.

Harmonisierung ist kein Erfolgsrezept

Das Szenario, das auf mehr gemeinsames Handeln fokussiert ist, würde vor allem ein Europa der Politunion und der Fiskalunion hervorbringen. Hier drängt sich die Frage auf, wie es denn gelingen soll, die Mitgliedstaaten dazu anzuhalten, die damit verbundenen weiter gehenden Regeln bspw. zu Budget- und Schuldengrenzen einzuhalten, wenn bereits die Kriterien des Maastricht-Vertrags kaum je eingehalten werden. Dieses Szenario hätte wohl eher zur Folge, dass den vielfältigen Ansprüchen und Bedürfnissen der EU-Bürger kaum mehr Rechnung getragen würde und stattdessen ein immer enger angezogenes Korsett an Vorgaben entstehen würde. Ein Korsett, das die Union in einem wahren Krisenfall handlungsunfähig werden liesse.

Die verbleibenden zwei Szenarien erscheinen auf den ersten Blick möglich: das mit dem Titel «Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten» und dasjenige, das den Titel «Weniger, aber effizienter» trägt. Das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten wäre für einige wenige Mitgliedländer attraktiv, weil in diesem Szenario den stärkeren Mitgliedländern ermöglicht würde, die zunehmende Integration in einem Club fortzusetzen, was aber die restlichen Mitgliedländer teilweise ausgrenzen würde. Das Szenario «Weniger, aber effizienter» klingt verlockend, da es eine Konzentration auf das Wesentliche suggeriert. Doch das erste Szenario würde die Spaltung der Union weiter vorantreiben, und das zweite erhielte nur dann seinen Umsetzungsreiz, wenn damit auch das Subsidiaritätsprinzip gestärkt und regionaler Wettbewerb ermöglicht würde.

Auffällig ist, dass alle fünf Szenarien das ursprüngliche Gründungsansinnen nicht oder nur am Rande aufgreifen, nämlich ein geeintes Europa zu entwickeln, das allen Völkergruppen ein Leben in Freiheit und Wohlstand und damit in Frieden ermöglicht. Freiheit und Wohlstand aber können nur dort entstehen, wo Spielraum besteht für Unternehmertum und Innovation, für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, wo

«Als immer ‹engere Union› hat die Europäische Union keine Zukunft.»

Anderssein und Andersdenken möglich sind. Dazu aber braucht es allem voran den Mut, nationale und regionale Eigenheiten zu akzeptieren und sie zu erhalten.

Die Annahme, dass sozialer Friede oder eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung über mehr Standardisierung, Harmonisierung und Vorschriften erreicht werden kann, ist illusorisch. Vielmehr fördert ein solches Ansinnen Unzufriedenheit, Ängste und Resignation zutage, wie es in der Abstimmung über den Brexit deutlich geworden ist. Die EU-Mitgliedschaft beruht auf Freiwilligkeit. Eine übermässige Rechthaberei vonseiten der Union in den Austrittsverhandlungen und der Versuch, das Vereinigte Königreich für den Exit-Entscheid zu bestrafen, können nur negative Auswirkungen auf die Gesamtunion und das Vereinigte Königreich haben.

Der Sinn und Zweck der europäischen Gemeinschaft sollte nicht darin bestehen, alles bis ins letzte Detail zu regeln, zu (ver-)bürokratisieren und die Union derart zu harmonisieren, bis jeglicher Rest an regionaler Selbstbestimmung und Souveränität bzw. das letzte Quäntchen Wettbewerb ausgeschaltet ist. Schon im 19. Jahrhundert warnte Alexis de Tocqueville vor der europäischen Obsession nach Gleichheit, die bereit ist, jegliche Errungenschaften der Freiheit aufs Spiel zu setzen.

Vielmehr sollte der Sinn und Zweck der europäischen Gemeinschaft darin liegen, die Mitgliedländer zu unterstützen, das Beste aus sich und ihren regionalen Gegebenheiten herauszuholen. Die Stärke der Europäischen Union liegt in ihrer Vielfalt. Daraus ergeben sich mannigfaltige Chancen für die Zukunft. Das bedingt aber die Einsicht, dass ein positiver Umgang mit Europas Vielfalt das anzustrebende Ziel ist.

Dazu müssten die innereuropäischen Rahmenbedingungen entsprechend ausgestaltet werden, sodass eine Rückbesinnung auf den europäischen Binnenmarkt stattfindet, in dem die vier Grundfreiheiten unter Anerkennung lokaler Gegebenheiten wieder zum Tragen kommen, sodass ein regionaler Wettbewerb entsteht, in dem auch Besonderheiten in den Mitgliedländern wieder ihre Legitimation haben, sodass eine regionale Kooperation unter den kleineren Mitgliedländern gefördert wird, um damit deren Entscheidungsfähigkeit auf Unionsebene zu stärken.

Statt eine immer stärkere Integration in einen vereinheitlichten Staatenverbund anzustreben, wäre ein Europa der Vielfalt und der Besonderheiten – nicht der Privilegien! – erstrebenswerter. Eine freie Marktwirtschaft in einem gemeinsamen Binnenmarkt war die ursprüngliche Idee, die der französische Präsident Charles de Gaulle einst für die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) definierte und mit der Formulierung «Europa als Vaterland der Vaterländer» zum Ausdruck brachte, dass anstelle eines Bundesstaats ein Staatenbund zu präferieren ist. Diese Idee sollte wieder aufgegriffen und in den Vordergrund gerückt werden. Es gilt, die durch Überregulierung auf nationaler und europäischer Ebene entstandenen Einschränkungen und unsinnigen Auswüchse im europäischen Binnenmarkt abzubauen.

Ein Prozess ohne glorioses Finale

Einer Gemeinschaft obliegt in erster Linie die Aufgabe, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die Mitglieder die Verantwortung für ihren materiellen und immateriellen Wohlstand und damit für eine (selbstbestimmte) Freiheit selbständig wahrnehmen können. Deshalb sollten ein Europa der Vielfalt und ein Europa von institutionellem Wettbewerb zwischen den Regionen und auch innerhalb der Regionen das erklärte Ziel der Europäischen Union und ihrer Repräsentanten sein. Als immer «engere Union» hat die Europäische Union keine Zukunft. Als «unvollständige Union» kann die europäische Erfolgsgeschichte fortgeschrieben werden.

Zu guter Letzt sollte man sich auch wieder verstärkt ins Bewusstsein rufen, dass die Europäische Union kein Projekt ist, das irgendwann mit einem gloriosen Finale vollendet werden kann. Vielmehr ist die Europäische Union ein fortwährender Prozess, in dem es im Laufe der Zeit natürlicherweise immer wieder zu Wendungen kommen wird, die einen flexiblen Umgang und Offenheit erfordern werden.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Chairman von Industrie- und Finanzkontor Etablissement, Gründer und Vorsitzender der Geopolitical Intelligence Services und Präsident des Think Tank European Center of Austrian Economics Foundation.

ADRIAN BLUM
Ressortleiter zum Thema Anlegen in Swissness

Heimat ja, aber nicht nur

Warum nicht einfach alles auf die Karte «Schweiz» setzen? Schweizer Unternehmen, die einzig hierzulande präsent sind, können direkt und ohne viel Streuverlust von den Standortvorteilen profitieren. Importieren sie aus dem Ausland und halten sie die Fixkosten hier niedrig, profitieren sie sogar von der Frankenstärke.

Im internationalen Vergleich rangiert die Schweiz in Sachen Wettbewerbsfähigkeit meist unter den Besten. Zu den Pluspunkten zählen etwa die politische Stabilität, das hohe Bildungsniveau und die vergleichsweise liberale Wirtschaftsordnung. In der Rangliste des Institute for Management Development (IMD) hat die Eidgenossenschaft vor einem Jahr sogar die USA überholt und liegt auf Platz 2 hinter Hongkong. Noch diesen Monat wird das IMD das neuste Ranking publizieren. Die Chancen, dass die Schweiz vorne dabei bleibt, stehen gut – auch langfristig.

Für Anleger ergeben sich daraus Chancen. Die Aktien einer Auswahl binnenmarktorientierter Schweizer Unternehmen zeigt gemessen am Gesamtertrag der vergangenen zehn Jahre eine deutliche Überrendite im Vergleich zum Gesamtmarkt (vgl. Seiten 8 und 9). Paradebeispiel dafür sind etwa die Titel des Elektroinstallateurs Burkhalter und jene des Versicherers Vaudoise.

Doch aufgepasst, Geld anlegen ist kein Kinderspiel, es gibt nicht die eine beste Strategie. Diversifikation muss sein – sie verringert auf lange Sicht die Anlagerisiken. «Nicht alle Eier in einen Korb legen», lautet das entsprechende Bonmot. Nur Schweizer Perlen ins Depot zu nehmen, reicht nicht – sie bieten viel, aber nicht alles. Wachstums- und Innovationspotenzial sind begrenzt. Valoren global aktiver Grossunternehmen dürfen daher ebenso wenig fehlen.

Aktuell auf www.fuw.ch

Verkehrte Weltwirtschaft

Der Zustand der Weltwirtschaft präsentiert sich grundlegend anders als vor der grossen Finanzkrise: Stephen S. Roach, Ökonom an der Universität Yale und Asienspezialist, erkennt neue Dynamik in den Entwicklungsländern bei gleichzeitig anhaltender Malaise in den etablierten Industriestaaten.

www.fuw.ch/130517-1

Es wird in die Hände gespuckt

In den vergangenen Jahren wurde oft geklagt, die US-Wirtschaft wachse zwar, die Angestellten aber profitierten kaum davon. Das scheint sich nun zu ändern: Amerika arbeitet – und verdient – wieder. Das ist allerdings schlecht für die Gewinnmargen der Unternehmen.

www.fuw.ch/130517-2

Snap enttäuscht die Anleger

Der Kurznachrichtendienst Snapchat hat mit seinen ersten Geschäftszahlen nach dem Börsengang im März die Markterwartungen verfehlt. Trotz Vervierfachung des Umsatzes hat sich das Nutzerwachstum klar verlangsamt, der Verlust massiv ausgeweitet. Die Aktien verlieren deutlich.

www.fuw.ch/130517-3

Der eiserne Regulierungsvorhang

Banken wehren sich gegen Start-up-Förderung. **VALENTIN ADE**

Alle wollen sie heute Fintech sein. Die grossen, altehrwürdigen Tanker des Finanzplatzes – auch Banken genannt. Sie geben sich Digitalisierungsstrategien, holen sich Multichannel-Manager, Chief Digitization Officers und IT-Specialists en masse ins Haus. Landauf, landab, auf Podien, in Studien und Gastbeiträgen loben sie die Zusammenarbeit mit den Newcomern der Finanzbranche, den Fintech-Start-ups. Diese Jungunternehmen konzentrieren sich meist auf einen Punkt in der Wertschöpfungskette einer Bank, digitalisieren ihn und schaffen dadurch eine einfachere, kundenfreundlichere Dienstleistung.

Aber wehe, es wird diesen Start-ups zu leicht gemacht. Die Vernehmlassung zum Gesetzesvorhaben des Bundesrats, Hürden für die Jungunternehmen behutsam abzubauen, provoziert bei den Banken die alten Beissreflexe (vgl. www.fuw.ch/130517-4). «Finanzmarktaufsicht ist keine Techie-Messe und nicht Hollywood», schreibt die etablierte Branche. Die Begriffe Innovation, Start-ups und Fintech-Unternehmen sollen aus dem Gesetz gestrichen werden, fordert sie. «Neue Anbieter sollen gegenüber bereits bestehenden nicht gefördert werden.»

Einverstanden. Aber was, wenn das Gegenteil der Fall ist und die heutigen Regeln die bestehenden Anbieter vor den neuen schützen? Die Finanzkrise ist rund zehn Jahre her, und die Banken beklagen sich wieder offen über zu viel Regulierung, die das Geschäft verteuert und den Gewinn schrumpfen lässt. Das mag so sein, doch die Bankenregulierung schützt auch die etablierten Player vor neuer Konkurrenz. Beispiel: Als Betreiber einer Crowdfunding- oder -lending-Plattform wird es einem fast unmöglich gemacht, Kapital zwischen Geldgebern und -nehmern zu vermitteln. Wer Einlagen von mehr als zwanzig Kunden über sieben Tage lang auf einem Abwicklungskonto einfach nur verwahrt, braucht eine Banklizenz.

Das bedeutet einen monatelangen Prozess, Mindestkapital von 10 Mio. Fr., Kosten für Anwälte und Prüfgesellschaften. Dabei soll das entgegengenommene Geld weder als Kredit herausgegeben noch verzinst werden. Es wird gar nicht das angestrebt, was eine Bank ausmacht, nämlich Fristentransformation. Trotzdem braucht in der Schweiz heute noch eine Banklizenz, wer der örtlichen Marschkapelle Spendengelder für neue Es-Hörner vermitteln will.

Klar, dass die Crowdfunding-Branche hierzulande kaum vom Fleck kommt. Und Crowdfunding ist nur eines der Beispiele. Die Problematik reicht bis hin zu absurden steuerlichen Vorgaben für Start-up-Unternehmer.

Durch die Schweizer Finanzlandschaft zieht sich ein eiserner Vorhang, der das liebgewonnene Gärtchen voller Kunden für die Vertreter der etablierten Branche umsäumt. Die Hürde zu überwinden, ist für Neulinge nicht leicht und wird in Zukunft schwer bleiben. Denn auch wenn das Fintech-Gesetz in seiner heutigen Form das Parlament passiert, wird der eiserne Regulierungsvorhang nicht aufgerissen, höchstens leicht gelüftet.

Mindestlöhne via Hintertüre

Gewerkschaftsbund wagt Winkelzug. **PETER MORF**

Das Schweizer Volk will keine gesetzlich verankerten Mindestlöhne. Vor drei Jahren hat es die Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» mit über 75% Nein-Stimmen wuchtig verworfen. Das hindert den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) nicht daran, weiterhin zu versuchen, Mindestlöhne möglichst breit einzuführen.

In seiner Reaktion auf den am Donnerstag veröffentlichten Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zu den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit fordert er die Einführung von mehr Mindestlöhnen: «Um Lohndumping zu verhindern, braucht es mehr verbindliche Mindestlöhne», schreibt er in einer Medienmitteilung. Man merkt die Absicht und ist verstimmt: Trotz der überdeutlichen Meinungsäusserung des Volks versucht der SGB, die Mindestlöhne durch die Hintertür im Rahmen der flankierenden Massnahmen an Volk und Parlament vorbei einzuführen. Das zeugt von wenig Respekt gegenüber einem demokratischen Entscheid – und stellt dem Gewerkschaftsbund ein schlechtes Zeugnis aus.

Der Bericht offenbart zudem einmal mehr, welch enorme Kontrollbürokratie unter dem Titel der flankierenden Massnahmen aufgebaut wurde. Allein 2016 wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei 164 000 Personen und rund 42 000 Betrieben überprüft. An jedem Arbeitstag wurden damit in der ganzen Schweiz rund 168 Betriebe inspiziert.

Dafür braucht es ein Heer von Prüfern. Ihre Tätigkeit ist unproduktiv und in keiner Art und Weise wertschöpfend – und damit enorm teuer. Die Kosten trägt in der Endabrechnung die produktiv arbeitende Wirtschaft. Diese wiederum versucht sie zu überwälzen, sei es auf die Arbeitnehmer oder die Kunden.

Man mag ein gewisses Mass an flankierenden Massnahmen als – politisch – sinnvoll erachten. Allerdings zeigt sich auch hier das Phänomen der regulatorischen Eigendynamik: Es entsteht eine Spirale, die nach immer mehr und weiteren Regulierungen verlangt. Getrieben wird sie in diesem Fall von den Gewerkschaften. Und dem politischen Mainstream nach möglichst viel Kontrolle und wenig Freiheit gehorchend, machen auch bürgerliche Kreise mit.

Viele bürgerliche Politiker stimmen zu, wenn es darum geht, die flankierenden Massnahmen weiter auszubauen. Allerdings sind sie sich offenbar nicht bewusst, dass sie der Kartellierung des Arbeitsmarkts weiter Vorschub leisten.

Dadurch wird einer der zentralen Erfolgsfaktoren des Modells Schweiz, der flexible Arbeitsmarkt, zunehmend infrage gestellt. Diese Arbeitsmarktflexibilität ist mitverantwortlich für die hierzulande niedrige Arbeitslosenrate. Die, immer noch, liberale Ausgestaltung des Schweizer Arbeitsmarkts ist den Gewerkschaften ein Dorn im Auge. Sie schöpfen ihre Daseinsberechtigung nicht zuletzt aus der genannten Kontrollmentalität. Die flankierenden Massnahmen gehen schon heute sehr weit. Ein zusätzlicher Ausbau der Kontrollmechanismen ist aus liberaler Warte nicht akzeptabel.